

Münchner Stadtmagazin

HEIMATZEITUNG DER LANDESHAUPTSTADT UND DES LANDKREISES MÜNCHEN

39. Jahrgang

Freitag, 4. Februar 1983

Nummer 10

Seite 12

Münchner Stadtmagazin Nummer 10

Freitag, 4. Februar 1983

AUS DEM MÜNCHNER NORDEN

Der Finanzgarten -- wechselvolle Geschichte, ungewisse Zukunft

Eine der ältesten Grünanlagen Münchens / „Maßvolle Bebauung“ oder Wiederbegrünung und Freigabe für die Bevölkerung?

Seit fast 30 Jahren ist er den Bürgern versprochen, doch bisher ist nichts geschehen: Der Finanzgarten, eine der ältesten Grünanlagen Münchens, wunderschön gelegen zwischen Prinz-Carl-Palais und Landwirtschaftsministerium, ist immer noch nicht wiederbegrünt. Seit Kriegsende ist er Gegenstand von Planungen, Verhandlungen, Bürgeranträgen und -versammlungen. Bis heute konnte keine Einigung darüber erzielt werden, was mit diesem Kleinod im Herzen von München geschehen soll, dessen wechselvolle Geschichte wir nachstehend im Zeitraffer schildern.

1619-1638

Während des 30jährigen Krieges werden Befestigungsbauten um München herum angelegt. Der dritte Münchner Mauerriegel, ein Schutzwall mit vorspringenden Bastionen, entsteht. Eine dieser Bastionen war der heutige Finanzgarten. Die Reste der Wallmauern sind heute noch zu sehen.

um 1650

Kurfürst Ferdinand Maria schenkt das Bastionsgelände dem neugegründeten Kloster der Theatiner.

um 1800

Aus finanziellen Gründen muß das Kloster unter Kurfürst Max IV. Joseph (ab 1806 König Max I. Joseph von Bayern) aufgelöst werden.

1802

Der Garten wird öffentlich versteigert und fällt an den Abbé von Salabert, den Erzieher Max Josephs. Dieser war früher auch der Name „Salabertgarten“ üblich.

1804

Beginn des Baus für ein Palais; Architekt: Karl von Fischer.

1807

Nach dem Tod des Abbé von Salabert kauft der König auf Wunsch seines Hofgartenintendanten Friedrich Ludwig von Seckell Palais und Garten zurück. Seckell äußert in einer Schrift die Hoffnung, daß der Finanzgarten einmal als Verbindung des Hofgartens mit dem Englischen Garten verwendet werden möge.

1825

Palais und Garten werden dem jüngeren Bruder des Königs, dem Prinzen Carl, zur Verfügung gestellt. Dieser der heutige Name „Prinz-Carl-Palais“. Dieser läßt an der Von-der-Tann-Straße entlang einen Flügelbau errichten, der bis 1937 erhalten bleibt.

1959

Die Stadt plant, das Gelände wieder zu begrünen.

1962

Die CSU stellt im Stadtrat den Antrag, daß das Gelände der ursprünglichen Bestimmung - öffentliche Grünanlage - zugeführt werden soll. Der Antrag wird angenommen. Im Beschluß des Stadtplanungsausschusses heißt es, das Gelände des Finanzgartens entspreche den Vorstellungen vor einem Grünzug, der vom Englischen Garten bis ins Herz der Stadt, zum Hofgarten, vordringt. Haushaltsmittel für die Realisierung der Wiederbegrünung werden für 1963 bereitgestellt. Nun endlich räumen die Amerikaner das Gelände, Garagengebäude und Tankstelle werden abgerissen.

1964

Das Gelände des Finanzgartens wird förmlich zum Landschaftsschutzgebiet erklärt. Der Garten wird jedoch nie geöffnet, da jetzt die Planungen für den Altstadtring einsetzen. Mit dem Versprechen, den Finanzgarten wiederzubegrünen und zu öffnen, „erkaufte“ die Stadt die Zustimmung zu dem „häßlichen Loch“, dem Tunnel, vor dem Palais. Dieses Versprechen schlägt sich 1967 im Bebauungsplan Nr. 280 nieder, in dem der Finanzgarten als öffentliche Grünanlage ausgewiesen wird.

1966

Der Plan für den Altstadtring wird genehmigt; hier ist die Rede von einer Tiefgarage unter dem Landwirtschaftsministerium.

1967

Die Bauarbeiten für den Tunnelbau in der Von-der-Tann-Straße beginnen. Der westliche Teil des Finanzgartens, also der immer noch unzugängliche, wird in dieser Zeit als Abstellfläche für die Baufirmen benötigt. Ein Bretterzaun entlang der Von-der-Tann-Straße sperrt das Gelände auch weiterhin für die Öffentlichkeit. Die Nutzung „öffentliche Grünfläche“ wird - wie bereits gesagt - im Bebauungsplan festgeschrieben.

1968/69

Die Planungen für den Neubau der Staatskanzlei beginnen. Im November

ber 1968 bestimmt der Ministerrat, daß das Prinz-Carl-Palais Sitz des Ministerpräsidenten und, die Staatskanzlei auf dem Gelände des Finanzgartens errichtet werden soll. Der Stadtrat stimmt dem trotz städtebaulicher Bedenken (und trotz Bebauungsplan Nr. 280) im Januar 1969 zu. Der erste Bauwettbewerb für die Staatskanzlei läuft an. Der Diplomingenieur Uwe Kiessler plant die „Staatskanzlei auf Steilen“, Entlang der Von-der-Tann-Straße soll ein Bau auf Steilen entstehen, damit der Durchgang zum Finanzgarten für die Öffentlichkeit erhalten bleibt.

1972

Der Tunnelbau ist beendet, die Süddeutsche Zeitung schreibt am 23./24. 9. 72: „Der Finanzgarten wird doppelt so groß“ (nach den Plänen von Uwe Kiessler). Das Landwirtschaftsministerium läßt seinen Parkplatz auf und benutzt ohne Genehmigung nach § 103 BayBO die Kiesflächen des Finanzgartens (westlicher Teil) als Parkplatz.

1974

Da der Bretterzaun auch nach Fertigstellung des Tunnelbaus erhalten bleibt, setzt sich der Bezirksausschuß 5 (Maxvorstadt-Universität) für eine provisorische Durchgangsmöglichkeit von der Von-der-Tann-Straße zur Galeriestraße auch schon vor dem Bau der Staatskanzlei ein.

1974/75

Wegen der geplanten Tiefgarage unter dem Westteil des Finanzgartens sollen zum Teil über 100 Jahre alte Bäume gefällt werden. Der Bezirksausschuß setzt sich nachdrücklich für deren Erhaltung ein.

1975

Im Bericht der Vorprüfung zur städtebaulichen Beratung für das Gelände des Armeemuseums heißt es: „Kurz vor Baubeginn (der Staatskanzlei nach den Kiessler-Plänen, d. Red.) wurde die Planung nach Einwendungen des Bayerischen Obersten Rechnungshofes und wegen erheblicher Sicherheitsbedenken am 21. Januar 1975 aufgegeben.“ Jetzt laufen also neue Planungen an, die den Bau der Staatskanzlei nicht mehr auf dem Gelände des Finanzgartens, sondern

(Bitte lesen Sie weiter auf Seite 13)

AUS DEM MÜNCHNER NORDEN

Der Finanzgarten . . .

(Fortsetzung von Seite 12)

auf dem Gelände des ehemaligen Armeemuseums vorsahen. Offiziell bestätigt wurde dies aber erst 1978.

1976

Der Bezirksausschuß schreibt an den damaligen Ministerpräsidenten Goppel und bittet um eine Durchgangsmöglichkeit durch das Grundstück der zukünftigen Staatskanzlei.

1977

Am 16. November 1977 findet eine Ortsbesichtigung statt, um die Möglichkeiten eines provisorischen Durchgangs zu prüfen. Man erzielt Einigung.

Erst im Juli 1978, als bereits die ersten Ankündigungen erscheinen, daß die Staatskanzlei nicht in den Finanzgarten kommt, erfolgt die Genehmigung. Die Bürgerversammlung des 5. Stadtbezirks fordert einstimmig, daß keine andere Bebauung für den Finanzgarten vorgesehen wird, falls das Projekt Staatskanzlei scheitert. Daraufhin beauftragt der Bauausschuß der Stadt München am 28. September 1978 das Baureferat, in Verhandlungen mit dem Eigentümer, der bayerischen Staatsregierung, einzutreten, um die Öffnung zu erreichen.

Am 14. Juli 1978 steht in der *Süddeutschen Zeitung*: "... wie Kiesel hervorhob, stehe bei den zu erwartenden Gesprächen selbstverständlich das

Interesse der Bevölkerung auf Öffnung und Begrünung des Finanzgartens im Vordergrund."

1979

Im Mai kann endlich aus Anlaß der Stadtteilwoche das wichtigste Teilstück der Fußwegverbindung Hofgarten-Finanzgarten-Ludwigskirche der Bevölkerung übergeben werden. Im September fordert der Bezirksausschuß, den Finanzgarten als das zu nutzen, als das er im Bebauungsplan seit 1967 ausgewiesen ist, nämlich als Grünfläche. Im November antwortet die Oberste Baubehörde, daß vorerst nur eine provisorische Lösung möglich sei. Eine endgültige Regelung hänge von dem Bau der Tiefgarage ab, die dringenden benötigt würde für die umliegenden Behörden. Deren Bau könne aber erst in Angriff genommen werden, wenn geklärt sei, wo die Staatskanzlei hinkommt, da die Tiefgarage auch für diese gedacht sei. Gleichzeitig unterbreitet die Oberste Baubehörde das Ergebnis eines Planungsauftrages als provisorische Lösung. Demnach soll auf der gesamten Länge des südlichen Bürgersteiges der Von-der-Tann-Straße zwischen Prinz-Carl-Palais und Landwirtschaftsministerium ein fünf Meter breiter Grüntreifen angelegt und mit Bäumen bepflanzt werden. Der Bauzeitraum soll fallen.

Franz Josef Strauß gegen Bebauung

Bereits im Februar hatte sich Franz Josef Strauß in Erklärungen zum Bau der Staatskanzlei gegen die Bebauung des Finanzgartens ausgesprochen. Im *Bayerischen Landtagsdienst*, Nr. 47 vom 7. Februar 1979, steht: "Den Neubau der Staatskanzlei hinter dem Palais auf dem Gelände des Finanzgartens hielt er nicht für angemessen, da Grünflächen verloren gingen."

Am 4. Dezember 1979 fordert die Bürgerversammlung des 5. Stadtbezirks erneut die Öffnung des Teils des Finanzgartens, der vom Landwirtschaftsministerium als Parkplatz genutzt wird.

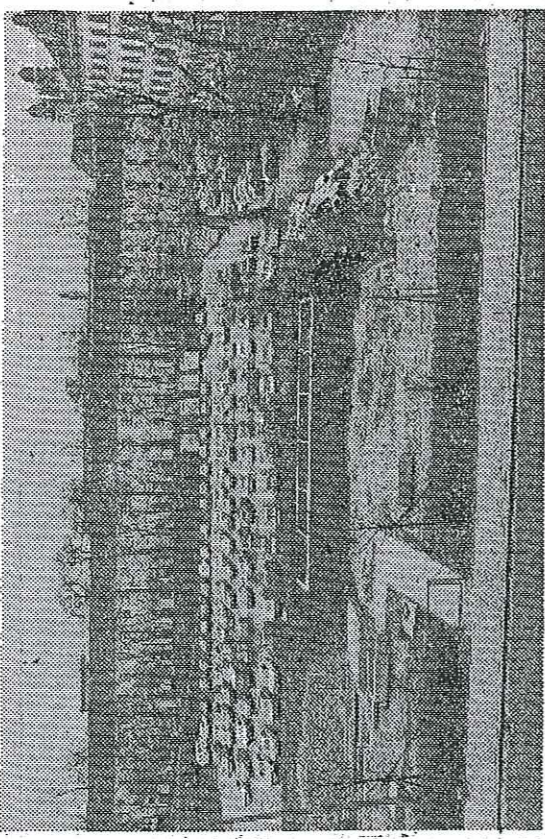
1980

Daraufhin beschließt der Bauausschuß am 28. Februar 1980, erneut mit der bayerischen Staatsregierung zu verhandeln. Nach Vorliegen des Ergebnisses soll berichtet werden. Der Bezirksausschuß erklärt sich einverstanden mit der provisorischen Lösung, fordert aber eine endgültige Wiederbegrünung des zur internationalen Gartenbauausstellung 1983.

Im Juni 1980 fällt der Bretterzaun, der damit vollkommen umsonst den Finanzgarten für acht Jahre für die Öffentlichkeit gesperrt hatte. Am 10. Juni 1980 schreibt der Bezirksausschuß an den Oberbürgermeister Erich Kiesel und weist nochmals darauf hin, daß die Nutzung der Kiesflächen als Parkplatz für das Landwirtschaftsministerium nicht genehmigt wurde und auch nicht im Interesse der Stadt liegen kann, da dieses Gebiet als Grünfläche ausgewiesen ist.

Der Oberbürgermeister antwortet im August, daß solange nichts geschehen könne, bis die Planungen für die Staatskanzlei abgeschlossen seien. Außerdem habe das Planungsreferat die Auflage gemacht, den Parkplatz zu begrünen. (Dies ist bis heute nicht erfolgt.)

Im November liegt dem Bauausschuß das Ergebnis der Verhandlungen mit der Staatsregierung vor, und er teilt mit, daß der Parkplatz nur aufgegeben werden kann, wenn eine Tiefgarage gebaut wird. Diese sei aber von den Planungen der Staats-



EIN PARKPLATZ steht unter anderem Plänen entgegen, den Finanzgarten für die Bürger zu öffnen. *Ulrike Hassel*

sich mit diesem Termin unter folgenden Bedingungen einverstanden: "1. Zwei Oberseminararbeiten des Lehrstuhls für Landschaftsarchitektur der TU München/Weihenstephan werden als Alternative für die Grünstellung mit Erläuterung mit ausgestellt. 2. Die vom Bezirksausschuß erarbeitete Dokumentation wird teilweise mit ausgestellt. Dies ist notwendig, um den Bürgern die Vorgeschichte deutlich zu machen. 3. Auszüge dieser Dokumentation werden vervielfältigt und zur Verteilung an die Besucher mit aufgelegt." Die offene Planung endet mit einem überwältigenden Votum für die Erhaltung des Finanzgartens als Grünfläche.

Im September 1981 feiern die Bürger und der Bezirksausschuß das erste Finanzgartenfest.

Im Januar 1982 wird die Stadtverwaltung beauftragt, erneut die Sach-

lage zu prüfen und nach Vorliegen des Ergebnisses erneut zu berichten. Im März überreicht der Bezirksausschuß dem bayerischen Finanzminister Max Streibl 600 Unterschriften, die den Bürgerwillen noch einmal dokumentieren. Bei dieser Gelegenheit verspricht Streibl, sich noch einmal in dieser Angelegenheit mit dem Oberbürgermeister zu unterhalten. Das ist bis heute nicht geschehen.

In diesen Tagen wollen Bezirksausschuß und Bürger sich noch einmal mit einem Hilferuf an den Oberbürgermeister der Stadt München wenden. 450 Bürger haben diesen offenen Brief bereits unterschrieben. 20 Bäume sind bereits aus der Bürgerschaft für die Wiederbegrünung des Finanzgartens gestiftet worden - ein Zeichen, daß die Münchner bereit sind, nicht nur mit Worten sondern auch mit Taten um die Erhaltung dieses Fleckchens Grün zu kämpfen.

Ulrike Hassel

Bezirksausschufsvorsitzender Klaus Bäuml

Stadt und Staat sind am Zug - die Bürger hoffen

Die Dokumentation des *Münchner Stadtanzeigers* verdeutlicht exemplarisch das beharrliche Ringen der Münchner Bürgerschaft um diesen historischen Garten (mit dem Rest der Münchner Wallbation) zwischen Hofgarten und Englischem Garten. An diesem Beispiel wird es sich zeigen, ob unsere Stadtväter ernst machen mit der plakativen Parole vom „Grün in der Stadt“ oder ob es beim wählerlokalen Schlagwort bleibt.

Nicht ohne Grund sieht gerade hier die Bürgerschaft den Prüfstein für das „grüne Herz“ des Stadtrats. Können doch die Bürger mit Nachdruck auf jahrzehntelange Ver-



KLAUS BÄUMLER

sprechungen pochen, die rechtliche Verbindlichkeit erlangt haben und die jetzt endlich eingelöst werden sollten.

Bereits 1955 kündigte das bayerische Finanzministerium die Wiederherstellung des Finanzgartens bis zur Von-der-Tann-Straße an. Und vor exakt 20 Jahren (1. am 16.

November 1962, wurde diese „Wiedergutmachung“ - auf Antrag der CSU - im Stadtrat bestätigt und für Frühjahr 1963 in Aussicht gestellt. Hinzu kam ein optimaler rechtlicher Schutz: Anweisung als Landschaftsschutzgebiet 1964, als öffentliche Grünfläche in dem viel-diskutierten Bebauungsplan Nr. 280 seit 1967. Hoffnung schöpften die Freunde des Finanzgartens 1978, als der drohende Neubau der Staatskanzlei entlang der Von-der-Tann-Straße vom Tisch war.

Demnächst wird über das künftige Schicksal des Finanzgartens entschieden. Es ist kaum vorstellbar, daß sich die Stadträte angesichts dieser erdrückenden Vorgesichte, der hohen Sensibilität der Bürger für „ihren“ Finanzgarten und des eindeutigen Votums in der „offenen Planung“, für eine Änderung des Bebauungsplans Nr. 280 entscheiden werden. Sachzwänge, insbesondere Entschädigungsansprüche für „Baurecht“, die sonst die Erhaltung von Grünflächen (Leopoldpark, Nikolaiplatz, Stenmerwiesen) so erschweren, existieren gerade hier nicht.

Die internationale Gartenausstellung 1983 steht vor der Tür. Der historische Finanzgarten stellt mit Sicherheit einen beispielhaften Beitrag zum Problembereich „Grün in der Stadt“ dar. Die Zeit drängt, soll es nicht beim „Negativ-Beispiel“ bleiben. Die Stadt München und der Freistaat Bayern sind nunmehr am Zug. Die Freunde des Finanzgartens, die Münchner Bürger hoffen (unverdorren) auf eine positive Entscheidung des Stadtrats.